

Beate Littig, HIS, Stumpergasse 56, 1060 Wien, littig@ihs.ac.at

Die Green Economy aus geschlechterpolitischer Sicht

Die Green Economy wie sie etwa von der UNEP propagiert wird, ist vorrangig auf eine umfassende Modernisierung der (kapitalistischen) Wirtschaft ausgerichtet. Sie sieht in den umweltfreundlichen Technologien neue Investitionsmöglichkeiten für überakkumuliertes Kapital. Die Herstellung von sog. Win-Win-Situationen für Wirtschaft und Ökologie wird dabei grundsätzlich für möglich gehalten und zwar durch eine Entkoppelung des Naturverbrauchs vom Wirtschaftswachstum (vgl. UNEP 2011). Dazu bedarf es nicht nur privatwirtschaftlicher Anstrengungen, sondern auch des Staates als wichtigem Akteur für die Schaffung des gesetzlichen Rahmens und einer entsprechenden Förderungspolitik für die Entwicklung und Verbreitung Ressourcen- und Energie-sparender Technologien. Doch soll die staatliche Einflussnahme nicht zu direktiv sein und nationale Gegebenheiten berücksichtigen, das wurde jedenfalls bei Rio+20 bekräftigt.¹

Bislang wird die Green Economy vor allem als zukunftsweisende Strategie gehandelt, die allerdings mögliche Nebenfolgen und Widersprüche weitgehend ausblendet. Inwieweit eine Begründung der Ökonomie wirklich Realität werden wird, ist schwer abschätzbar. Aber es lassen sich bereits jetzt eine Reihe von kritischen Einwänden gegen die Green Economy vorbringen:

So muss die Machbarkeit der Entkoppelungsstrategie bezweifelt werden. Die vergangenen Jahre zeichnen sich dadurch aus, dass die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums und Ressourcen- und Energieverbrauch nicht gelungen ist, die dominante Nutzung von fossilen Energieträgern den Klimawandel beschleunigt hat und allein technische Lösungen zur Behebung der ökologischen Krisenphänomene in einer globalen Perspektive unzureichend sind. Hinzu kommen noch sogenannte Rebound-Effekte, die die relativen Einsparungen durch erhöhten Verbrauch absolut steigern. Die Abhängigkeit der Entkoppelungsstrategie von staatlichen Fördermaßnahmen verringert ihre Verwirklichungschancen in Zeiten restriktiver Budgetpolitiken zusätzlich. Insofern kann die Green Ökonomie als Oxymoron, als in sich widersprüchlich begriffen werden (Brandt 2012). So lange das Wirtschaftswachstum, gleichsam die heilige Kuh der Mainstreamökonomie, unangetastet bleibt, werden sich der Green New Deal und die Green Economy zwangsläufig im Wachstumsdilemma verstricken (Altvater 2011). Unter den Bedingungen beschleunigter Kapitalakkumulation ist Profitsteigerung das Maß aller Dinge, die Grenzen natürlicher Ressourcen oder Senken spielen dabei keine Rolle. So folgert Elmar Altvater: „Das Wachstumsdilemma entsteht, weil die Gesetze der Akkumulation von Kapital und die Gesetze des nachhaltigen Umgangs mit der Natur nicht in Übereinstimmung zu bringen sind.“ (Altvater 2011: 120)

Mit der globalen Etablierung kapitalistischer Wirtschaftsmaximen, insbesondere im globalen Süden und den sog. Schwellenländern korrespondiert die Verbreitung einer globalen mittelständischen Verbraucherklasse. Deren Umweltverbrauch folgt den Standards des globalen Nordens, ist also überdurchschnittlich hoch und nicht verallgemeinerbar. Ob die Angehörigen dieser Klasse Bereitschaft zeigen werden, ihre imperiale Lebensweise

¹ Vgl. Rio Deklaration Abschnitt 56. Zugriff 26.06.2012, URL: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N12/381/64/PDF/N1238164.pdf?OpenElement>

aufzugeben, darf bezweifelt werden; zumal die umweltschädlichen Verbrauchsmuster fest in die Alltagspraxen eingeschrieben sind. Doch die soziale Ungleichheit wird sich nicht nur bezüglich des Umweltverbrauchs im privaten Konsum weiter erhöhen. Hinzu kommt, dass die Produktion von regenerativer Energie, wie sie von der grünen Ökonomie propagiert wird, vielfach mit Landenteignungen und Vertreibung einhergeht und so insgesamt soziale Ungerechtigkeit verschärft (Heinrich-Böll-Stiftung 2012). Hierfür gibt es vielfältige Beispiele etwa die der Nutzung von Wasserkraft und den Bau von Staudämmen in Brasilien und China oder die Kultivierung von Palmölplantagen für Biotreibstoffe in Indonesien. Der Megastaudammbau und der monokulturelle Anbau von nachwachsenden Rohstoffen sind auch ökologisch hoch problematisch. Aufgrund der geschlechterdifferenzierenden Arbeitsteilung ist davon auszugehen, dass (vor allem ärmere, auf dem Land lebende) Frauen im globalen Süden von der Ansiedelung des Agrobusiness und der Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen in besonderem Maße betroffen sein werden: Sei es weil sie für die Versorgung mit Wasser und Brennholz und für die Bewirtschaftung der Böden zuständig sind oder mit landwirtschaftlichem Handel Einkommen generieren müssen. Insgesamt ist zu vermuten, dass die Green Economy ein selektives und „exklusives Modernisierungsprojekt“ ist (Wissen 2012).

Schließlich sind noch weitere geschlechterpolitische Bedenken gegenüber der grünen Ökonomie anzumelden. Zu fragen ist, inwiefern Geschlechterdifferenzen überhaupt bedacht werden? Und: Kann die grüne Ökonomie dazu beitragen, soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern abzubauen? Grüne Ökonomie wird ja auch als Mittel zur Armutsbekämpfung gedacht. In dieser Hinsicht ist eine Geschlechterperspektive besonders relevant, denn Armut trifft Frauen (und Kinder) in weitaus höherem Maß als Männer. Wie steht es also um die grüne Ökonomie aus einer geschlechterpolitischen Perspektive? Welche feministischen Gegenmodelle gibt es?

Der vorgesehene Beitrag will sich im Sinne einer aktuellen, kritischen Bestandsaufnahme mit diesen Fragen auseinandersetzen (vgl. Littig 1998).

Zitierte Literatur:

Altwater, Elmar (2011): Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma?

WIDERSPRUCH 60/11, S. 119-132. Zugriff 10.04.2013, URL:

http://www.widerspruch.ch/sites/widerspruch.ch/files/pdf/wsp60_altwater.pdf

Brandt, Ulrich (2012): Green Economy – the Next Oxymoron? No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development, GAIA 21, S. 28-32

Littig, Beate (1998): Nachhaltige Entwicklung für Frauen, gegen Frauen, von Frauen?

Konzepte nachhaltiger Entwicklung aus frauenpolitischer Sicht, in: Littig, B. (Hg.): Ökologie und soziale Krise oder: Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Wien, S. 140-159

UNEP (United Nations Environment Programme) (2011): Towards a green economy.

Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers. Zugriff 10.04.2013, URL: <http://www.unep.org/greeneconomy>

Wissen, Markus (2012): Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy

Konzepts in der Vielfachkrise, in: Kurswechsel 2, S. 28-36